

Danziger Zeitung



No 16253.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition...

1887.

Politische Uebersicht.

Danzig, 13. Januar.

Die Situation im Reichstage.

Der Verlauf der gestrigen Sitzung des Reichstags bot, abgesehen von dem Nebenfall zwischen Windthorst und dem Reichskanzler, weit geringeres Interesse. Die Ausführungen des Socialdemokraten...

welche nach den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes gegen Krankheit versichert sind, in dem Falle eines Betriebsunfalles vom Beginn der 5. bis zum Ablauf der 13. Woche nach dem Eintritt...

Der Reichskanzler und die Reichsverfassung.

Der Reichskanzler hat in seiner vorgestrigen Rede zwar die Aeußerungen seiner conservativen Freunde bekannt gemacht, daß nach erfolgter Auflösung...

dieser Richtung könnte man es sich gefallen lassen, wenn der officiële Telegraph nur die Reden des Fürsten Bismarck ins Ausland telegraphirt. Anders wird es...

Die Deutschen würden die hohe Stellung, die sie unter den Völkern einnehmen, nicht länger verdienen, wenn sie taub blieben gegen die gestrigen gemüthlichen Worte...

Der „Standard“, eins der größten und angesehenstenblätter Englands, würde sich unmöglich zu solchen Interventionen verstehen, wenn er genau informiert wäre. Er weiß offenbar nicht, daß alles...

In Bezug auf die äußere Politik sind von Interesse natürlich in erster Linie die Aeußerungen der Pariser Blätter. Dieselben fassen die Rede des Fürsten Bismarck in friedlichem Sinne auf...

Dr. Juncker über die Befreiung Schwitzers.

Am 10. Januar, wie schon gemeldet, landete Dr. Juncker in Suex. Sein Bruder und Professor Schweinfurth waren hierher gekommen, um ihn zu begrüßen. Er sprach, wie uns des näheren berichtet wird, seine Meinung über die beste Route, welche die Expedition zum Enfsaj Emin Bey zu nehmen hätte...

England am Rande eines Krieges.

Der Londoner Correspondent des „Newcastle Leader“ schreibt: Aus verlässlicher Quelle erfahre ich, daß das Land wirklich, wie die „Ball Mall Gazette“ behauptet hat, am Rande des Krieges steht...

Die Briten in Aegypten.

Die beabsichtigte Verminderung der britischen Occupationstruppe hat ihren Anfang genommen. Das 2. Bataillon Durham leichte Infanterie, welches 716 Offiziere und Mannschaften zählt, ist...

nach Indien abgefeuert. Im Februar und März werden weitere Verminderungen stattfinden. Die gesammte Verminderung wird bestehen aus 3035 Mann Infanterie, 471 Mann Artillerie und 108 Mann Genietruppen...

Reichstag.

19. Sitzung vom 12. Januar.

Die zweite Verathung der Militärvorlage wird fortgesetzt.

Abg. v. Helldorff (cons.) Man hat den großen Fehler begangen wollen, aller autoritativen Warnungen ungeachtet die Continuität der Armee mehr und mehr von Bewilligungen wechselnder Parlamentsmehrheiten abhängig zu machen. Wenn für die jährliche Bewilligung...

Abg. Hasenclever (Soc.) Unsere Verhandlungen müssen auf das Ausland einen günstigen Eindruck machen, weil sie zeigen, daß die Wehrtheit des deutschen Volkes friedensbedürftig ist.

Ob wirklich die Auflösung des Reichstags erfolgen wird, ist noch eine Frage. Die dritte Verathung des Militärgesetzes kann noch eine ganz andere Wendung bringen. Man versichert zwar, in Folge der gestrigen Reden des Reichskanzlers sei die Erbitterung im Centrum so groß, daß von einer Majorität für das Septennat auch in der dritten Verathung nicht die Rede sein kann. Ob das richtig ist, läßt sich in diesem Augenblick unmöglich schon entscheiden.

Über Vorgänge hinter den Coullissen schreibt unser Correspondent ferner: Während der heutigen Sitzung des Reichstages hatte der Reichskanzler, der sich während der Rede Hasenclewers aus dem Sitzungssaal entfernte, angeblich eine Besprechung mit dem Kronprinzen, der demnach den Reichskanzler im Reichstagehaufe aufgesucht haben möchte. Auch sonst schienen zwischen den Mitgliedern des Bundesraths lebhaftere Erörterungen stattgefunden. Das Gespräch, welches der Reichskanzler bei seinem Eintritt in den Saal mit dem württembergischen Ministerpräsidenten v. Münnich anknüpfte, machte freilich nicht den Eindruck, als ob das, was Fürst Bismarck der kleinen Excellenz mittheilte, von dieser mit großer Befriedigung aufgenommen worden wäre.

Die freisinnige Partei.

tritt, wie wiederholt gemeldet, für Bewilligung der ganzen Militärvorlage auf 3 Jahre ein; dies wird einmütig geschehen, wie wir gestern mittheilten in der Lage waren. Damit sind die von gewissen Phantasievolen Berichterstattern in gegnerischen Blättern verbreiteten Meldungen, daß innerhalb der freisinnigen Partei nicht in allen Fragen Einigkeit herrsche, am schlagendsten widerlegt. Wir haben nur noch nachzutragen, daß dieser Beschluß in der vorgestrigen Abend sitzung der Fraktion fruchtlos ausgedrückt von der Fraktion gefaßt wurde, wozu die „Freis. Ztg.“ bemerkt: „Der Vorsitzende begrüßte die Einmütigkeit, welche die Fraktion in allen Stadien der Militärfrage bis zum Abschluß benachbart habe, als eine neue Feuerprobe für die Fusion, welche eine kräftige und energische Führung der Wahlbewegung in Aussicht stelle. Hieraus wurden Vorbegehungen zur Einleitung der Neuwahlen in Aussicht genommen.“

Die Abänderungen am Seeunfallgesetz.

Auf der Tagesordnung der heute stattfindenden Sitzung des Bundesraths befindet sich u. A. auch der Gesetzesentwurf betr. die Unfallversicherung der Seeleute, welcher bei der Vorberatung in den zukünftigen Ausschüssen des Bundesraths mancherlei Abänderungen erfahren hat. Officiös wird dem geschrieben: „Zunächst ist zu constatiren, daß die Nachrichten, als ob von dem bei den anderen bereits Gesetzesentwurf erlangt habenden Gesetze betr. die Unfallversicherung der Arbeiter festgehaltenen Prinzip, daß die versicherten Personen von den Beiträgen für diese Versicherung befreit bleiben, abgegangen worden sei, nicht zutrifft. Dagegen ist in Bezug auf die Krankenversicherung, deren Kosten der Rheder bisher allein zu tragen hatte, neu bestimmt, daß die Rheder berechnigt sein sollen, bei den Lohn- und Gehaltsabzügen an die in ihren See- schiffsbetrieben beschäftigten Seeleute als Entgelt für die den Rhedern obliegende Krankenversicherung zwei Pfennige von jeder vollen Mark einzubehalten. Ferner möchte die Bestimmung zu erwägen sein, nach welcher den unter § 1 des vorliegenden Gesetzesfalls fallenden Personen,

Was geschieht, fragt der Reichskanzler, wenn ein Reichsgesetz über die Feststellung der Friedenspräsenz nach 3 Jahren nicht zu Stande kommt? Weßhalb das Gesetz nicht zu Stande kommen soll, vertritt der Reichskanzler nicht. Sind doch die erhöhten Friedenspräsenz seit 1867 mit stets steigenden Majoritäten bewilligt worden und besteht doch heute, wie Fürst Bismarck selbst anerkannt hat, über die Höhe der Präsenz überhaupt kein Streit mehr; darüber sind Deutschconservative, Reichspartei, Nationalliberale, Centrum und Deutschfreisinnige einverstanden.

Aber Fürst Bismarck braucht das Schreckbild des Conflicts.

Artikel 60, sagt der Reichskanzler, limitirt die Präsenz, welche nach Art. 59 (jeder wehrpflichtige Deutsche gehört 7 Jahre lang dem stehenden Heere u. s. w. an) alle Wehrpflichtigen umfasst. Kommt das in Art. 60 vorgesehene Gesetz nicht zu Stande, so würden alle Wehrpflichtigen auch thatsächlich einzuziehen sein. Da das aber unmöglich, habe Art. 63 bestimmt, daß der Kaiser den Präsenzstand der Contingente des Reichsheeres bestimmen solle. Also hat der Kaiser die Präsenziffer festzustellen. Unglücklicher Weise, für die Theorie des Herrn Reichskanzlers nämlich, ist diese ganze Interpretation der Verfassung absolut haltlos. Die Friedenspräsenziffer ist nach Art. 60 „im Wege der Reichsgesetzgebung“, also durch übereinstimmenden Beschluß des Bundesraths und Reichstags festzusetzen. Das das in einzelnen Fällen nicht gelingen könne, setzt die Reichsverfassung nicht voraus, weil sie der Regierung die Möglichkeit giebt, gegen einen widerspenstigen Reichstag an das Land zu appelliren. Der Fall, daß die Regierung ein Gesetz nicht zu Stande kommen lassen will, ist in der Verfassung mit Recht nicht vorgesehen. Wohl aber trifft sie Vorkehrungen bezüglich der Zahlungspflicht der Einzelstaaten. Falls nach Ablauf des Provisoriums (31. Dezember 1871) eine Abänderung der in Art. 60 festgesetzten Präsenziffer nicht erfolgt, so bestimmt Art. 63, an der Präsenziffer des Art. 60 solle bis zum Zustandekommen des Gesetzes festgehalten werden. Wenn diese Bestimmung auch jetzt noch, obgleich das Provisorium längst beendigt ist, Geltung haben soll, so würde die Regierung, falls in Zukunft ein Reichsgesetz über die Friedenspräsenziffer nicht zu Stande kam, an der bestehenden Ziffer, also 427 000 Mann festhalten müssen. Nach der eigenen Theorie des Reichskanzlers ist eine Erhöhung der bestehenden Ziffer nur unter Zustimmung des Reichstags möglich. Daß der Kaiser nach Art. 63 den Präsenzstand festzuhalten habe, ist in dem Sinne, wie der Reichskanzler meint, nicht richtig. Art. 60 bezeichinet die Rechte, welche der Kaiser als Oberbefehlshaber des deutschen Heeres ausübt, und dazu gehört auch die Bestimmung über den Präsenzstand, die Gliederung und Eintheilung der Contingente des Reichsheeres u. s. w., d. h. er vertheilt die durch Gesetz festgesetzte Präsenziffer der Armee auf die einzelnen Contingente.

Die Sache liegt demnach ganz anders, wie der Reichskanzler behauptet. Es handelt sich nicht um den Gegensatz zwischen kaiserlichem und Parlamentsheer in dem Sinne, als ob das Heer jetzt ein kaiserliches, nach Bewilligung der Präsenziffer auf 3 Jahre aber ein Parlamentsheer ist.

Auf Grund der Verfassung ist das deutsche Heer den Vorschriften der Verfassung nach der gesetzlichen und verfassungsmäßig geregelten Mitwirkung der gesetzgebenden Factoren unterworfen; der Weg zum „kaiserlichen“ Heer führt aber die Trümmer der Verfassung und über die Leiche des Reichstags.

Ausländische Stimmen zur Kanzlerrede.

Wie vorauszusehen war, beschäftigt sich die Presse von ganz Europa mit den Ausführungen des Reichskanzlers in der vorgestrigen Reichstagsitzung; es ist dies begreiflich und unvermeidlich, da der Kanzler so eingehend und offen über die äußere Politik Deutschlands, aber europäische Verhältnisse sprach. Soweit hat die Auslandspreffe auch ein Recht zur kritischen Besprechung, und in

Beilage zu Nr. 16253 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 13. Januar 1887.

Reichstag.

(Schluß.)

Fürst Bismarck: Der Vorredner sagt: Ich bewillige jeden Mann und jeden Groschen auf 3 Jahre; dann werden wir wieder zusammenkommen und finden, daß es nicht mehr nötig sei, so werden wir, wie er gestern sagte, darauf dringen, daß das Heer vermindert werde. Ist denn die Majorität, über die der Vorredner jetzt disponirt, so sicher, daß er auch über 3 Jahre auf ein gleiches Verhältnis wie jetzt rechnen kann? Dies Confortium, welches die oppositionellen Parteien gegen die Regierungen im Reichstage bilden, setzt sich doch aus den heterogensten Elementen zusammen und kann sehr leicht durch den Abfall eines dieser Elemente vollständig zerlegt werden. Die Majorität besteht aus der Verschmelzung der untereinander widerspruchsvollsten Elemente, die zufällig in der Negation und in der Abneigung gegen die Persönlichkeiten der jetzigen Regierung einig sind; sobald sie irgend etwas Positives schaffen sollen, so sind Sie vollständig uneinig, so sind Sie keine Majorität. Auf die Majorität, die dann vorhanden sein wird, sollen wir das Vertrauen haben, welches notwendig ist, um in ihre Hände die Verfügung zu legen über das Balladium des Reiches. Vielleicht ist die Majorität nach sieben Jahren ebenso wenig berechenbar; aber weil gerade jedesmal eine schwere Krise damit verbunden ist, haben wir uns an sieben Jahren gehalten, auch nach dem Grundsatz, daß das constitutionelle Leben eine Reihe von Compromissen ist. Wir haben diesen Compromiß einmal 1874 gemacht; im Interesse des Friedens bin ich auf die sieben Jahre, wie sie mir gebracht waren, eingegangen; aber doch nicht in der Absicht, diese Concession immer wieder als die Basis zu einer neuen Forderung gelten zu lassen. Der Vorredner ist seiner Sache mit den künftigen Majoritäten sicherer, als ich glaube, daß er sein könnte. Die Verhältnisse sind weder bei uns, noch in England, noch in Frankreich so, daß bei der Befähigung der Parteien jemand auf eine feste Majorität in der Zukunft rechnen könnte. Die lange Dauer des Culturkampfes hat im Centrum zufällig Elemente von heterogener politischer Richtung lange Zeit vereinigt. Sind Sie gewiß, daß auch nur das Centrum fortdauern wird, wenn der Culturkampf vollständig beseitigt ist? Ich möchte nur auf eine der wichtigsten Provinzen seines Reiches verweisen, auf Baiern. Der bairische Wähler ist in seiner großen Mehrheit monarchisch und katholisch. So lange er die Ueberzeugung hat, daß die Rechte des bairischen Staates bedroht sein könnten, so lange er die Ueberzeugung hat, daß die katholische Kirche bedroht sei, so lange mag er für Sie wählen. Wenn er aber zweifelhaft darüber werden sollte, sind Sie dann Ihrer Wähler ebenso sicher?

Auf die Haltung der Regierungen können die Wähler keinen Einfluß haben; die Regierungen haben ihre Ueberzeugung festgelegt, ausschließlich nach ihrem Pflichtgefühl, nach ihrer Verantwortlichkeit für die Sicherheit des deutschen Volkes und für die Unabhängigkeit unseres Landes. Diese Erwägungen werden dieselben bleiben, auch wenn genau derselbe Reichstag, mit derselben Majorität, wieder vor uns steht. Keine Verfassung kann ohne Compromiß existiren. Wenn Sie vom Compromiß abgehen, so schaffen Sie eine Situation, die immer von Neuem auf den Conflict hindrängt. Sie compromittiren sich ganz unnütz für ein Spiel,

indem der Friede für Sie gar nicht in den Karten steht, wo gar nichts zu gewinnen ist. Der Abg. Windthorst hat vorhin mit sehr gehobenem Tone seinen Entschluß kundgegeben, für die Verfassung und für die Volksrechte einzutreten. Die Verfassung und die Sorge für das Volk ist vollständig auf unserer Seite. Die preussische Verfassung und die deutsche Verfassung werden bestehen bleiben. (Bravo! rechts.) Das sind ja eben Sie, die dagegen ankämpfen, gegen die verfassungsmäßige Institution einer kaiserlichen und dauernden Armee; Sie wollen sie zu einer Parlamentsarmee machen. Das hat die Verfassung nicht gewollt. Sie sagen: Es war, vielleicht wird es doch nicht Krieg, und wenn es Krieg giebt, so werden wir siegen, ganz gewiß siegen; — das hat der Vorredner gesagt; dabei spielt er doch immer wieder den Civil-Kolite, das ist doch nicht zu leugnen. (Große Heiterkeit.) Der Reichstanzler sucht dann den Ausdruck „kaiserliche Armee“, der freilich nicht in der Verfassung stehe, als entsprechend zu rechtfertigen. Wenn ferner die Bewilligungen in der Marine glatt gehen, so möge man zu Lande ebenfalls coulant sein. Die kürzeren Fristen haben alle den Hintergedanken, die Entscheidung über die Stärke des Heeres nicht nur in die Majorität des Reichstags zu legen, sondern den Irrthum zu erzeugen, als ob sie bereits in demselben läge. Wenn ich sage, die Partei Windthorst, so meine ich immer Hrn. Richter mit Heiterkeit, und das ganze Heergefolge. Ich kann sie unmöglich immer aufzählen, ich weiß sie kaum auswendig, all die Bäckerschaften, die hinter Hrn. Windthorst marschiren. Herr Windthorst will nicht mit den Socialdemokraten identificirt werden, aber in der Praxis geht er immer mit ihnen zusammen. Thatsache ist, daß die Socialdemokraten nie in die Lage kommen, anders zu stimmen, als wie das Centrum. (Im Centrum: Oho!) In der polnischen Frage, in der hulgaischen Frage waren sie einzig, da hätten die Socialdemokraten beinahe sogar die Führung übernommen. Die Socialdemokraten haben nie einen Anlaß gehabt, einen anderen Weg zu gehen, als ihnen vom Centrum vorgezeichnet war. (Zuruf: Bölle!) Die Bölle haben die Socialdemokraten zum Theil mit bewilligt. (Widerpruch.) Der Abgeordnete sagt, er hat nicht den Ehrgeiz, Minister zu werden; aber er hat vielleicht doch den Ehrgeiz oder die Absicht, denen, die es sind, das Gewerbe möglichst zu erschweren; wenn er dabei sich ganz außer Stande fühlt, es seinerseits besser zu machen, so ist es eigentlich kein gemeinnütziges Gewerbe.

Dann hat der Abgeordnete Bürgschaft für die Friedensliebe Frankreichs übernommen. Nun, er mag die französischen Verhältnisse durch die vielen Quellen, die ihm seine katholischen Beziehungen geben, vielleicht genauer kennen als ich; aber sind diese Quellen auch zuverlässig? Das amtliche Frankreich, wie es augenblicklich beschaffen ist, ist ja auch friedlich gestant. Ich glaube, daß die Franzosen uns angreifen, wenn sie entweder des Sieges sicher zu sein glauben, oder wenn sie finden, daß sie im Inlande nicht mehr aus noch ein wissen. Dann hat der Abgeordnete mir vorgeworfen, ich hätte die Carolinenfrage einmal für sehr wichtig gehalten, und dann hätte ich sie eine Lumperei genannt. Er verwechselt dabei zwei Dinge, das sind die Carolinen und Spanien. Ich halte die Carolinen noch heute für eine Lumperei; das, was wir dort erwarten konnten, war ein Geschäft von ungefähr 60000 Mk. jährlich. Wegen dieser Sache mit Spanien Krieg zu führen, wäre mir nie im

Traume eingefallen. Der Abgeordnete hat ferner auch mit einem gewissen Pathos einen gewissen socialistischen Ton angeschlagen, den wir neuerdings in der „Germania“ gefunden haben. In der „Germania“ geht es ja bis zum Hellen zum Klassenhaß. Ich hatte den Einbruch, daß der Abgeordnete im Augenblick schon zu seinen Wählern zu sprechen glaubte. Er sagte, wir scheuten das Zusammenleben mit den Arbeitern. Nun, ich spreche mehr Worte mit Arbeitern, als mit anderen Menschen. Wenn ich auf dem Lande bin, so giebt es keine Arbeiterwohnung, die mir unbekannt wäre; die meisten Arbeiter kenne ich persönlich und spreche mit ihnen persönlich, und ich scheue die Berührung mit ihnen garnicht. Ich kenne deshalb auch die Stimmung der Arbeiter ziemlich genau. Die Frage, wieviel Geld das Heer kostet, habe ich von ihnen nie berühren gehört. Das aber kann ich Ihnen versichern, für die Sicherheit des Reiches einzusehen mit dem Gewehr in der Hand und zu kommen auf des Königs Ruf, dazu sind sie alle bereit, alle ohne Ausnahme. (Bravo.) Sie müssen die Arbeiter nicht nach den paar Führern beurtheilen, die von der Beredsamkeit ihre Stellung herleiten, und die sich Arbeiter noch nennen, aber längst nicht mehr sind; das sind nur Arbeiter in Stiftung von Unfrieden, aber ihr Handwerk haben sie längst aufgegeben — eigentliche Arbeiter sind sie nicht mehr. Der Vorredner hat ferner gesagt, ich sollte ihm einen Hannoveraner nennen, der jemals beabsichtigen könnte, mit den Franzosen gegen Deutschland zu marschiren. Da habe ich ihm zugerufen: König Georg V. Der Abgeordnete hat mich provocirt, durch meine Aeußerung sind die Verdienste des 10. Armeecorps nicht irgendwie geschmälert worden, Hr. Windthorst sagt, wir hätten die Verhandlungen mit dem König Georg in Nikolsburg und in Berlin schände abgewiesen. Schärfer sind unsere Bestrebungen abgewiesen worden 1866 von Hannover. Wir haben dem König Georg damals angeboten: Wir sehen den Krieg voraus mit Oesterreich, verspricht uns neutral zu bleiben, dann habt Ihr das Wort des König von Preußen, daß Euch nichts geschieht. Es wurde darauf eingegangen, und das Verhältniß war eine Zeit lang sogar so freundlich, daß eine Verlobung einer hannoverschen Prinzessin mit einem preussischen Prinzen geplant wurde. Da kamen plötzlich verschiedene einflußreiche Persönlichkeiten, die den König Georg umgestimmt haben. Er fing an zu rüsten und Truppen auszugeben. (Abg. Windthorst: Im Generalstabswerk steht's anders!). Redner führt dann weiter die Umstände aus, die damals den Krieg mit Hannover notwendig gemacht und schließlich dann mit der Auforderung: Entschließen Sie sich, schon in der zweiten Lesung die volle Vorlage mit dem Septenat anzunehmen. Das, was der Abg. Windthorst „jeden Mann und jeden Thaler“ nennt, werden wir auf drei Jahre nicht annehmen und zwar aus dem Grunde, weil wir nicht das Beispiel geben wollen, Compromisse, die einmal beschlossen sind, wieder zu lösen und zu verlassen.

Die Auflösung eines Reichstags ist ja ein vollständig verfassungsmäßiges Mittel. (Zuruf.) Wenn der Abg. Windthorst sagt, daß ich dabei Leute zu erreichen hoffte, die zu allem ja sagen, was ich wünsche, so macht er den Wählern ein falsches Bild von meinen Wünschen. Ich glaube, ich habe mich nie in der Welt als einen unbilligen und bis zur thörichten Ueberhebung eingebildeten Menschen gezeigt. Ich glaube im Gegentheil, die Führer der Opposition sind durch den blinden Ge-

horsam, den sie als Herrscher über gebogene Kniee in ihren Fractionen zu finden gewohnt sind, ihrerseits so verhöhnt (Oho! links und im Centrum), daß sie auch den Widerspruch der Regierung nicht mehr vertragen. Ich bin vielleicht der einzige Mensch, der im Laufe des ganzen Jahres es wagt, dem Abg. Windthorst zu widersprechen. (Große Heiterkeit.) Dieser geräth in fittliche Entrüstung, nur weil ich anderer Meinung bin als er über die Auflösung. Darum keine Feindschaft! Kommen Sie alle wieder, dann werden wir uns ganz dieselben Reden über drei Monate hier halten, die wir heute gehalten haben; aber die Ueberzeugung der verbündeten Regierungen und ihre feste Entschlossenheit in Bezug auf die Wehrhaftigkeit des Volkes, die sie für notwendig halten, nicht um ein Haar breit nachzulassen, wird in drei Monaten dieselbe sein wie heute. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Bamberger vermahnt sich dem Abg. Grafen Behr gegenüber gegen die Behauptung, als ob er in der Commission einen Antrag auf Abrüstung gestellt habe. Seine dahin gehende Nachricht sei allerdings durch die Zeitungen gegangen. Er habe dieselbe aber sofort widerlegt und dabei die Zustimmung der ganzen Commission gefunden.

Abg. Virchow: Graf Behr hat sich ausführlich mit meinem Abrüstungsantrage aus dem Jahre 1869 beschäftigt, aber in das Verständnis desselben scheint er nicht eingedrungen zu sein, sonst würde er sich nicht eingebildet haben, etwas sehr Weises gesagt zu haben. Ich hatte damals schon eine Ahnung davon, was kommen würde und habe den Ausdruck Abrüstung näher definiert. Ich habe niemals die Kriegstüchtigkeit des preussischen Reiches vermindern wollen.

Abg. Graf Behr entschuldigt sich damit, daß er bei seinen Ausführungen in gutem Glauben gehandelt habe.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Bermischte Nachrichten.

Nierlohn, 10. Jan. [Ein Felssturz.] Zwischen dem Nierlohner Ost- und Westbahnhof fand gestern Abend kurz vor acht Uhr ein großer Felssturz in dem Augenblicke statt, als der fällige Personenzug herankam. Mit einem furchtbaren Knack prasselten die herabstürzenden Felsmassen auf das Bahngleise und die Lokomotive, die letztere vollständig zertrümmert. Der Zug stand sofort still, was in Verbindung mit der furchtbaren Erschütterung die Passagiere mit panischem Schrecken erfüllte. Es ist ein wahres Wunder, daß größeres Unheil verhütet wurde. Nur einige Passagiere haben leichte Quetschungen erlitten.

Paris, 9. Januar. [Ein böser Scherz.] Wie eine Locomotive pfeifend, kommt der wohlbeleibte Bürger und Hausbesitzer Monsieur Rouveau zur Thür des Gerichtszimmers herein. Sein Gesicht ist stark geröthet und die Stirne drohend gefaltet. Mit einem lauten „Bon jour!“ tritt er vor den Polizeirichter hin und fragt: „Ist mein Gegner schon da?“ — „Hier!“ ruft ein tiefer Vierbak. In der That präsentirt sich der Gegner als der Student der Medicin Michel Bonnard. „Ich bin der Angeklagte“, spricht er zum Richter, „die Verhandlung kann gleich beginnen.“ Der Saal ist bis aufs letzte Plätzchen von Collegen des Mediciners besetzt. Dieser selbst ist eines jener alten Häuser im alabemischen Staate, an dem Generationen von Studenten vorbeigezogen sind.

